

Sudan

1. Schutz von Zivilpersonen und drohende Massengewalt in El Obeid

Im Juli 2026 stand besonders El Obeid in Nord-Kordofan im Fokus internationaler Warnungen. Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Volker Türk, sprach am 3. Juli von klaren Anzeichen für eine weitere Menschenrechtskatastrophe: Die Stadt sei seit rund 18 Monaten belagerungsähnlichen Bedingungen ausgesetzt, während Drohnenangriffe und Kämpfe zwischen den Sudanesischen Streitkräften und den Rapid Support Forces zivile Infrastruktur treffen. Das UN-Menschenrechtsbüro dokumentierte zwischen 6. und 28. Juni mindestens 15 Drohnenangriffe auf El Obeid und Umgebung, bei denen mindestens 45 Zivilpersonen getötet und 41 verletzt wurden. Betroffen waren unter anderem Märkte, Schulen, Tankstellen, Wasserinfrastruktur und zivile Fahrzeuge.

Auch der UN-Menschenrechtsrat setzte die Lage in El Obeid kurzfristig auf die Agenda: Am 3. Juli fand eine Dringlichkeitsdebatte statt, nachdem Deutschland, Irland, die Niederlande, Norwegen und Großbritannien gewarnt hatten, dass rund 500.000 Zivilpersonen von groß angelegten Gräueltaten bedroht sein könnten. Die Zerstörung von Tankstellen und Wasserinfrastruktur verschärft den Zugang zu Trinkwasser, Gesundheitsversorgung und Fluchtmöglichkeiten.

<https://www.ohchr.org/en/statements-and-speeches/2026/07/high-commissioner-turk-calls-strong-action-highest-level-prevent>

<https://www.ohchr.org/en/press-releases/2026/06/sudan-human-rights-council-hold-urgent-debate-3-july-human-rights-situation>

<https://news.un.org/en/story/2026/07/1167856>

2. Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ethnische Säuberung in El Fasher

Amnesty International veröffentlichte am 1. Juli 2026 einen Bericht zu den Verbrechen der RSF in und um El Fasher, Nord-Darfur. Amnesty kommt zu dem Schluss, dass die RSF während ihrer Kampagne zur Einnahme der Stadt Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ethnische Säuberungen begangen hat. Dokumentiert wurden unter anderem Mord, Folter, Vergewaltigung, sexuelle Versklavung, Zwangsvertreibung, Inhaftierung, Versklavung, Vernichtung und Verfolgung. Amnesty stützte sich auf Interviews mit 247 Betroffenen und Zeug*innen, darunter 208 Überlebende, sowie auf Video- und Satellitenanalyse.

Besonders schwer wiegt die gezielte Gewalt gegen Kinder. Amnesty berichtete, dass Kinder getötet, verletzt, vergewaltigt, entführt und zwangsrekrutiert wurden. Nach der finalen RSF-Offensive am 26. Oktober 2025 seien Hunderte Zivilpersonen auf der Flucht hingerichtet, gefoltert oder festgehalten worden; Überlebende berichteten von bis zu nahezu 1.000 Leichen. Amnesty forderte deshalb einen sofortigen landesweiten Waffenstillstand und eine unabhängige, ausreichend ausgestattete internationale Schutztruppe für Zivilpersonen.

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2026/07/sudan-rsf-atrocities-in-el-fasher-a-stain-on-the-conscience-of-humanity-new-report/>

<https://www.theguardian.com/world/2026/jul/01/sudan-rsf-rapid-support-forces-crimes-against-humanity-el-fasher-amnesty-ethnic-cleansing>

<https://www.aljazeera.com/news/2026/7/1/amnesty-says-rsf-committed-ethnic-cleansing-in-sudans-el-fasher>

<https://www.dw.com/en/sudan-el-fasher-rsf-crimes-against-humanity-amnesty-report/a-77781532>

3. Rechte von Kindern: Tote, Verletzte und Angriffe auf Infrastruktur

Kinder sind im Sudan weiterhin massiv von den Kampfhandlungen betroffen. UNICEF berichtete am 28. Juli 2026, dass in Nord-Kordofan in den zwei Monaten seit der Eskalation um El Obeid mindestens 23 Kinder getötet und 25 verletzt wurden. Allein im Juli wurden mindestens acht Kinder getötet oder verletzt; der jüngste betroffene Säugling war laut UNICEF nur zwei Monate alt. Landesweit wurden in den ersten sechs Monaten 2026 mindestens 330 Kinder getötet oder verletzt.

Diese Zahlen stehen in einem größeren Muster schwerer Verstöße gegen Kinderrechte. ACJPS dokumentierte für April, Mai und Juni 2026 wiederkehrende Verstöße gegen Kinder, darunter Tötungen, Vertreibung und Rekrutierung, sowie Angriffe auf zivile Infrastruktur und willkürliche Festnahmen.

<https://reliefweb.int/report/sudan/least-23-children-reportedly-killed-and-25-injured-sudans-conflict-afflicted-north-kordofan-past-two-months-enar>

<https://www.acjps.org/publications/acjps-quarterly-newsletter-april-may-and-june-2026>

<https://www.acjps.org/publications/sudan-escalating-attacks-on-civilians-in-north-kordofan-state-during-june-2026>

4. Humanitäre Krise, Hunger und Gesundheit

Die humanitäre Lage im Sudan verschlechterte sich im Juli weiter. ACJPS berichtete am 9. Juli 2026, dass rund 19,5 Millionen Menschen, etwa 41 Prozent der Bevölkerung, von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen sind; rund 200.000 Menschen könnten in den kommenden Monaten in eine katastrophale Hungersituation geraten. Gleichzeitig wurden in Süd-Darfur innerhalb einer Woche mehr als 13.000 Binnenvertriebene registriert.

Auch das Gesundheitssystem steht unter massivem Druck. ACJPS berichtete über Cholera, Masern, Malaria und Hepatitis, darunter 19 Cholera-Tote in Wad Banda, insgesamt rund 97 gemeldete Todesfälle nach offiziellen Quellen und mehr als 75 Todesfälle bei Kindern durch Masern. UN News meldete am 1. Juli zudem 1.102 Cholera-Fälle und 120 Todesfälle seit Beginn des jüngsten Ausbruchs; rund 40 Prozent der Gesundheitseinrichtungen seien nicht funktionsfähig, die übrigen 60 Prozent nur teilweise.

<https://www.acjps.org/publications/sudan-a-nation-in-collapse>

<https://news.un.org/en/story/2026/07/1167856>

<https://www.unocha.org/publications/report/sudan/sudan-humanitarian-needs-and-response-plan-2026-summary>

5. Sexualisierte Gewalt, Wasserzugang und Rechte von Frauen und Mädchen

UN Women warnte am 24. Juli 2026, dass Frauen und Mädchen in El Obeid faktisch kein sicheres Zeitfenster mehr haben, um Wasser zu holen: Tagsüber werden Wasserstellen und Verteilungspunkte durch Drohnenangriffe bedroht, nachts sind Frauen und Mädchen sexualisierter Gewalt ausgesetzt. UN Women berichtete, dass Betroffene nach Einbruch der Dunkelheit belästigt, vergewaltigt und anderen Formen sexualisierter Gewalt ausgesetzt wurden, während sie Wasser sammelten.

Die Krise verschärft sich durch die bevorstehende Hochphase der Regenzeit und die Ausbreitung von Cholera: Die WHO meldete Anfang Juli 1.330 Cholera-Fälle. UN Women schätzt, dass 12,7 Millionen Frauen und Mädchen im Sudan 2026 Unterstützung im Bereich geschlechtsspezifischer Gewalt benötigen, viermal so viele wie zu Beginn des Krieges. Zudem berichteten zwei Drittel der befragten Frauenorganisationen, dass sichere Räume und GBV-Dienste geschlossen oder stark reduziert wurden.

<https://www.unwomen.org/en/news-stories/statement/2026/07/drone-attacks-by-day-and-sexual-violence-by-night-leave-no-safe-window-for-women-and-girls-to-collect-water-amidst-rainy-season-in-sudans-el-obeid>

<https://news.un.org/en/story/2026/07/1168012>

<https://www.aa.com.tr/en/africa/un-women-warns-women-in-sudans-el-obeid-face-drone-attacks-by-day-sexual-violence-by-night/4008142>

6. Angriffe in Nord-Kordofan und Schutz ziviler Infrastruktur

ACJPS dokumentierte für Juni 2026 eine Serie von Angriffen in Nord- und West-Kordofan, die im Juli veröffentlicht wurden. Am 2. Juni wurden demnach mindestens 96 Zivilpersonen getötet, darunter Frauen und Kinder. Zu den dokumentierten Vorfällen gehörten mutmaßliche RSF-Drohnenangriffe mit 38 sofort getöteten Zivilpersonen, ein Bodenangriff auf Al Murah und Umm Sadoun mit 58 Toten, ein Drohnenangriff in Kadam mit 10 Toten, darunter acht Kinder und eine Frau, sowie weitere Tote in Bara.

Weitere Angriffe im Juni trafen zivile Fahrzeuge, Märkte und El Obeid selbst: Am 3. Juni wurden mindestens 18 Zivilpersonen, darunter zwei Kinder, bei einem mutmaßlichen Drohnenangriff auf zwei zivile Fahrzeuge getötet; am 6. Juni starben mindestens 11 Zivilpersonen bei einem Angriff auf den Markt in Abu Zabad; am 15. Juni wurden mindestens 15 Zivilpersonen bei einem mutmaßlichen Drohnenangriff auf El Obeid getötet. Diese Muster werfen schwerwiegende Fragen zu Unterscheidung, Verhältnismäßigkeit und Vorsichtsmaßnahmen im humanitären Völkerrecht auf.

<https://www.acjps.org/publications/sudan-escalating-attacks-on-civilians-in-north-kordofan-state-during-june-2026>

<https://www.ohchr.org/en/statements-and-speeches/2026/07/high-commissioner-turk-calls-strong-action-highest-level-prevent>

7. Humanitäre Hilfe, Blockaden und fehlende Rechenschaft

The New Humanitarian argumentierte am 8. Juli 2026, dass Sudans Hilfskrise zugleich eine Krise fehlender Rechenschaft ist. Sowohl SAF als auch RSF hätten humanitäre Hilfe instrumentalisiert und ihre Pflichten zum Schutz von Zivilpersonen, zur Achtung des humanitären Völkerrechts und zur Gewährung unparteiischer Hilfe nicht erfüllt. Der Beitrag fordert klare rote Linien gegen Behinderung des Zugangs, Angriffe auf medizinische Einrichtungen und

Verletzungen des Zivilschutzes sowie eine konsequente Eskalation, wenn diese Linien überschritten werden.

Diese Analyse passt zu den OCHA-Daten: Für 2026 benötigen im Sudan 33,7 Millionen Menschen humanitäre Hilfe, die höchste Zahl weltweit; Hilfsorganisationen wollen 20,4 Millionen Menschen erreichen und benötigen dafür 2,9 Milliarden US-Dollar. OCHA beschreibt die Lage als Schutzkrise mit systematischen Gräueltaten, massiver Straflosigkeit, wiederholten Angriffen auf zivile Infrastruktur und erheblichen Zugangsbeschränkungen.

<https://www.thenewhumanitarian.org/opinion/2026/07/08/sudan-aid-crisis-accountability>

<https://reliefweb.int/report/sudan/sudan-humanitarian-needs-and-response-plan-2026-april-2026-enar>

<https://www.unocha.org/publications/report/sudan/sudan-humanitarian-needs-and-response-plan-2026-summary>

Südsudan

1. Schutz von Zivilpersonen, Tötungen und sexualisierte Gewalt

Die Menschenrechtslage im Südsudan verschlechterte sich im Juli 2026 weiter. Human Rights Watch erklärte am 3. Juli 2026 vor dem UN-Menschenrechtsrat, dass Konfliktparteien weiterhin schwere Verstöße begehen, darunter rechtswidrige Tötungen, sexualisierte Gewalt und die Zerstörung ziviler Infrastruktur. HRW verwies außerdem auf Hunderttausende neu Vertriebene, Millionen Menschen mit dringend benötigter Nahrungsmittelhilfe und blockierten humanitären Zugang durch militärische und oppositionelle Kräfte.

UNMISS hatte kurz zuvor für das erste Quartal 2026 eine deutliche Zunahme ziviler Opfer dokumentiert: Zwischen Januar und März wurden 206 konfliktbezogene Vorfälle mit 1.388 betroffenen Zivilpersonen registriert; davon wurden 767 getötet, 457 verletzt, 93 entführt und 71 von konfliktbezogener sexualisierter Gewalt betroffen. Die Zahl der getöteten Zivilpersonen stieg im Vergleich zum Vorquartal um 89 Prozent, die Zahl der Verletzten um 73 Prozent.

<https://www.hrw.org/news/2026/07/03/south-sudan-grave-rights-violations-amid-deteriorating-political-and-security>

<https://unmiss.unmissions.org/en/press-releases/press-release-sharp-rise-in-civilian-deaths-recorded-in-unmiss-report>

<https://reliefweb.int/report/south-sudan/south-sudan-humanitarian-update-17-july-2026>

2. Hunger, Vertreibung und humanitäre Unterfinanzierung

OCHA meldete am 17. Juli 2026, dass in Südsudan zwischen Juni und September 2026 fast 9 Millionen Menschen Nahrungsmittelhilfe benötigen werden. Eskalierende Konflikte treiben weiterhin Vertreibung und unterbrechen humanitäre Einsätze; zugleich wurden sechs humanitäre Helfer*innen getötet. Der Humanitarian Needs and Response Plan 2026 war Mitte Juli nur zu 33,8 Prozent finanziert, was die Fähigkeit humanitärer Organisationen massiv einschränkt.

OCHA beschreibt Südsudan insgesamt als Krise, die durch Klima-Schocks, Gewalt, Krankheitsausbrüche und wirtschaftliche Notlagen geprägt ist. Für 2026 werden mehr als 10 Millionen Menschen, rund zwei Drittel der Bevölkerung, irgendeine Form humanitärer Hilfe benötigen. Besonders gefährdet sind Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderungen und Vertriebene, die einem erhöhten Risiko für geschlechtsspezifische Gewalt, Ausbeutung und frühe oder erzwungene Heirat ausgesetzt sind.

<https://reliefweb.int/report/south-sudan/south-sudan-humanitarian-update-17-july-2026>

<https://www.unocha.org/south-sudan>

3. Gesundheit, Cholera und eingeschränkter Zugang zu medizinischer Versorgung

Die Gesundheitslage bleibt extrem angespannt. UNICEF berichtete am 24./26. Juli 2026, dass zwischen Januar und Mai mehr als 420.800 Menschen neu durch Konflikte vertrieben wurden, insbesondere in Jonglei. Gleichzeitig wurden bis zum 31. Mai 2026 mehr als 104.648 mutmaßliche Cholera-Fälle und 1.678 Todesfälle gemeldet. Zusätzlich belasten Masernausbrüche und zirkulierende impfstoffabgeleitete Polio-Viren in Upper Nile und Central Equatoria die ohnehin fragile Gesundheitsversorgung.

Die Auswirkungen treffen Kinder besonders stark. UNICEF wies darauf hin, dass Finanzierungslücken im Humanitarian Action for Children Appeal die lebensrettende Arbeit in WASH und Bildung einschränken; der Appeal war nur zu 43 Prozent finanziert. Gleichzeitig erschweren Zugangsbeschränkungen die Hilfe für neu Vertriebene und Gemeinden in Konfliktgebieten.

<https://reliefweb.int/report/south-sudan/unicef-south-sudan-humanitarian-situation-report-no-4-01-31-may-2026>

<https://www.unocha.org/south-sudan>

<https://reliefweb.int/report/south-sudan/south-sudan-humanitarian-update-17-july-2026>

4. Rechte von Frauen und Kindern in Konfliktgebieten

UNMISS berichtete am 20. Juli 2026 aus Bangolo in Western Equatoria, dass jahrelange Unsicherheit Familien vertrieben, Bildung unterbrochen, Bauern den Zugang zu Feldern genommen und Gesundheitsdienste überfordert hat. Frauen berichteten, dass Kinder wegen fehlender medizinischer Versorgung sterben, Schulen nicht funktionieren und Mädchen ohne Bildung aufwachsen. Es gibt zudem nur eingeschränkten Zugang zu Wasser, Kommunikation und Notfalltransporten, was besonders Schwangere, Kinder und ältere Menschen gefährdet.

UNMISS betonte im Juli auch in Maiwut County, Upper Nile, dass Nahrungsmittelunsicherheit, fehlende Regenfälle, Mangel an Medikamenten, fehlende qualifizierte Gesundheitskräfte und weite Wege zur Behandlung den Schutz von Zivilpersonen erschweren. Lokale Verantwortliche warnten, dass ausfallende Ernten Nahrung und Einkommen gefährden und die humanitäre Krise vertiefen.

<https://unmiss.unmissions.org/en/news/our-children-are-dying-like-flowers-falling-a-mothers-plea-for-peace-in-bangolo>

<https://unmiss.unmissions.org/en/news/unmiss-reinforces-the-need-for-civilian-protection-amidst-dire-humanitarian-situation>

<https://www.unocha.org/south-sudan>

5. Landminen, explosive Kriegsreste und Recht auf sichere Rückkehr

Explosive Kriegsreste behindern weiterhin sichere Rückkehr, Bewegungsfreiheit, Landwirtschaft und Wiederaufbau. UNMAS berichtete am 24. Juli 2026, dass explosive Kriegsreste in Südsudan in den vergangenen 20 Jahren mehr als 5.000 Menschen getötet oder verletzt haben. In Zusammenarbeit mit nationalen Behörden zerstörte UNMAS bisher mehr als 7,3 Millionen Stück Kleinwaffenmunition und 1,2 Millionen explosive Gegenstände.

Die Arbeit ist jedoch durch Finanzkrisen gefährdet: UNMAS musste seine Entminungsteams von 19 auf 8 reduzieren, außerdem wurden Spürhunde und drei große automatisierte Räummaschinen demobilisiert. Weiterhin müssen mehr als 20 Millionen Quadratkilometer Land geräumt werden, damit

Gemeinden sicher zurückkehren, Felder bewirtschaften und öffentliche Dienste wiederaufbauen können.

<https://unmiss.unmissions.org/en/news/unmas-destroys-explosive-remnants-of-war-across-south-sudan-with-support-from-the>

6. Rechenschaft, Rechtsstaatlichkeit und politische Freiheiten

Human Rights Watch warnte am 3. Juli, dass der National Security Service und andere staatliche Kräfte weiterhin Kritiker*innen, Anwält*innen, politische Oppositionelle und andere Personen durch rechtswidrige Festnahmen verfolgen. HRW kritisierte außerdem, dass es keine nennenswerten Fortschritte bei der Einrichtung des Hybrid Court for South Sudan (Hybrid-Gericht für den Südsudan) gebe und dass Kommandeure, denen schwere Verbrechen vorgeworfen werden, nicht diszipliniert, sondern teilweise befördert worden seien.

Diese Straflosigkeit bleibt ein zentraler Treiber weiterer Gewalt. UNMISS forderte Ende Juni sichere und ungehinderte Zugänge, um Menschenrechtsverletzungen dokumentieren, Ermittlungen unterstützen und Rechenschaft ermöglichen zu können. Ohne glaubwürdige Rechenschaftsmechanismen bleiben Zivilpersonen, Menschenrechtsverteidiger*innen und politische Oppositionelle besonders gefährdet.

<https://www.hrw.org/news/2026/07/03/south-sudan-grave-rights-violations-amid-deteriorating-political-and-security>

<https://unmiss.unmissions.org/en/press-releases/press-release-sharp-rise-in-civilian-deaths-recorded-in-unmiss-report>